

UNGLAUBLICH, ABER WAHR!

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

innerhalb eines Jahres haben 3,3 Millionen Menschen unsere selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA unterzeichnet. Sie protestieren auch deshalb gegen die Freihandelsabkommen, weil die unsere demokratischen Grundpfeiler bedrohen, sie protestieren für die Demokratie. Allein in Deutschland haben mehr als eine Million Menschen unterschrieben. Ich kann mich an keine erfolgreichere Unterschriftensammlung erinnern. Dieses Erfolgserlebnis macht Mut, weiter zu kämpfen, nicht nachzulassen, weiter für unsere Überzeugung einzutreten. In einem Bündnis aus über 500 Organisationen ist es Mehr Demokratie gelungen, sich deutschland- und europaweit zu vernetzen. Diese Kraft gilt es jetzt auszubauen im Kampf um mehr Demokratie und die Einführung bundesweiter Volksabstimmungen. Dafür stehen wir, dafür kämpfen wir!

Claudine Viceth

Ihre Claudine Nierth

Bundesvorstandssprecherin von Mehr Demokratie

Ein riesiger Erfolg: STOP TTIP in Zahlen

- 3.284.289 Unterschriften: Dreimal so viele wie für eine offizielle Europäische Bürgerinitiative nötig.
- In 23 Ländern wurde die Unterschriftenhürde erreicht.
- 64.600 Unterschriften auf der Straße und rund 21.500 online hat Mehr Demokratie gesammelt an Infoständen, auf Veranstaltungen und Demos ein Kraftakt!
- Mehr Demokratie verwaltet das Geld für das Stop TTIP-Bündnis. Es hat 2015 insgesamt 318.368 Euro an Spenden eingenommen und 277.156 Euro ausgegeben. Zusammen mit den Rücklagen von 2014 hatte Stop TTIP zum Jahreswechsel 122.441 Euro auf dem Konto.
- An die EU-Kommission und an EU-Parlamentspräsident Martin Schulz sowie an mehrere Landespolitiker/innen haben wir die 3,3 Millionen Unterschriften bereits symbolisch übergeben.



DAS HABEN WIR 2015 BEWEGT

In unseren Landesverbänden – an der Basis von Mehr Demokratie – werden unsere Kampagnen lebendig. Wir führen unzählige Gespräche, organisieren Aktionen, stoßen Gesetzesreformen an.

In Baden-Württemberg:

- die Demokratiereformen mit Hintergrundgesprächen, Pressearbeit und Briefen an Politiker/innen begleitet
- uns im Rahmen des Bürgerdialogs der Europaunion auf mehreren Veranstaltungen gegen TTIP-Befürworter/innen behauptet
- an unzähligen Workshops und Diskussionen zu TTIP und CETA teilgenommen (erfreulich: Es gibt große Zustimmung an der CDU-Basis für unsere Demokratiekritik an den Abkommen!)

In Bayern:

- ein Büro in München eingerichtet und einen weiteren Mitarbeiter eingestellt
- unzählige Bürgerinitiativen beraten
- ein TTIP-Streitgespräch zwischen dem Geschäftsführer von Mehr Demokratie, Roman Huber, und Ministerpräsident a.D. Günther Beckstein mit 160 Besucher/innen organisiert

In Berlin und Brandenburg:

 mit einem Aufruf und durch Gespräche mit Politiker/innen gegen die Verschärfung der Unterschriftenprüfung in Ber-

Thema: 250.000 Menschen demonstrieren gegen TTIP und CETA

Mehr Demokratie hat zum ersten Mal eine Großdemonstration mit organisiert: Gemeinsam mit mehr als 170 Organisationen aus fast allen gesellschaftlichen Bereichen haben wir am 10. Oktober 250.000 Menschen gegen TTIP und CETA nach Berlin mobilisiert. Nie zuvor haben in Europa mehr Menschen auf einmal gegen die Freihandelsabkommen demonstriert. Mehrere hundert Aktive von Mehr Demokratie waren dabei, sechs eigene Busse hatten wir organisiert. "Für die Demokratie", stand auf dem Transparent am Anfang des Demozugs, hinter dem sich die führenden Köpfe der meisten deutschen NGOs versammelt haben.

lin gekämpft (Erfolg: Im Januar findet dazu eine Anhörung im Abgeordnetenhaus statt.)

 eine Tour durch die Wahlkreise und eine Befragung der Kandidierenden zur Landtagswahl in Brandenburg organisiert: Der Koalitionsvertrag spricht immerhin von einem Ausbau der bürgerschaftlichen Beteiligung.

In Bremen und Niedersachsen:

gemeinsam mit einem Bündnis die Verbesserung des Informationsfreiheitsgesetzes für Bremen bewirkt: Mehr Informationen als bisher müssen ver-

- öffentlicht werden; diese Regelung ist verpflichtend und einklagbar.
- Bürgerbegehrensreform in Bremerhaven: Die Unterschriftenhürde wurde gesenkt und mehr Themen zugelassen.
 Wie in Bremen wurde ein Privatisierungsreferendum eingeführt.

In Hamburg:

mit den Kampagnen "Rettet den Volksentscheid" und "Lex Olympia" gegen die Verfassungsänderung zur Einführung von allgemeinen Referenden protestiert, weil sie geeignet ist, Volksinitiativen auszuhebeln. Das Volksbegehren



Thema: 20 Jahre Bürgerbegehren in Bayern

1995 haben sich die Bayer/innen per Volksentscheid selbst das Recht auf Bürgerbegehren und -entscheide verliehen – ein riesiger Erfolg für den Kampagneninitiator Mehr Demokratie. Heute ist der Freistaat mit inzwischen mehr als 2.600 Verfahren auf Gemeindeebene deutschlandweit Spitzenreiter. Skeptiker/innen haben sich zu Volksabstimmungs-Fans gewandelt. Das haben wir gefeiert, zum Beispiel mit einem Jubiläums-Bürgerbegehrensbericht und einem Sonderteil im mdmagazin, unter anderem mit Christian Ude und Peter Gauweiler.

"Rettet den Volksentscheid" soll im Sommer 2016 starten.

- die Klage vor dem Hamburger Verfassungsgericht gegen die Drei-Prozent-Sperrklausel für die Bezirkswahlen unterstützt (leider ohne Erfolg)
- als Experten im Verfassungsausschuss des Landesparlaments gegen eine Wahlrechtsänderung, die den Wählereinfluss schwächen würde, Stellung bezogen

In Hessen:

- ein ausführliches Papier zur Reform von Bürgerbegehren und -entscheid erstellt und als Sachverständige im Innenausschuss des Landtags gesprochen
- einen neuen Aktivenkreis für den Raum Frankfurt gegründet

In Mecklenburg-Vorpommern:

- einen eigenen Landesverband gegründet
- den ersten Bürgerbegehrensbericht für Mecklenburg-Vorpommern erstellt
- im Zuge des ersten von unten angestoβenen Volksentscheids (Thema: Gegen

die Gerichtsstrukturreform) eine Reform der Volksgesetzgebung gefordert. Vor allem muss die unüberwindbare Zustimmungshürde von 33,3 Prozent fallen.

In Nordrhein-Westfalen:

- eine Transparenzsatzung für die Kommunen erstellt und verbreitet
- regelmäßig den Negativ-Preis "Heimlichtuer des Monats" für fehlende Transparenz verliehen
- geholfen, Wahlhelfer/innen für die Bürgermeisterwahlen zu finden
- die Volksbegehrensreform weiterhin unterstützt

In Rheinland-Pfalz:

- über 10.000 Unterschriften für direktdemokratische Reformen gesammelt (Erfolg: die Regeln für Volksbegehren und Bürgerbegehren wurden verbessert! Wermutstropfen: eine Verfassungsänderung, die Volksbegehren wesentlich erleichtert hätte, scheiterte an der CDU.)
- das erste Transparenzgesetz für ein Flächenland mit Pressearbeit und als Sachverständige begleitet

In Schleswig-Holstein:

 die Umsetzung der Reformen begleitet, die der Landtag als Reaktion auf unsere Volksinitiative "Für mehr Demokratie in Schleswig-Holsteins Kommunen" 2014 beschlossen hatte

Thema: Was lange währt...Reformen in Baden-Württemberg

Über drei Jahre haben die Landtagsfraktionen Anlauf genommen und im November endlich den Sprung gewagt. Per Verfassungsänderung senkten sie die Unterschriftenhürden für Volksbegehren auf 10 Prozent und die vorher unüberwindbare Zustimmungshürde beim Volksentscheid auf 20 Prozent. Auch bei Bürgerbegehren und -entscheiden wurden die Hürden verringert, das Themenspektrum erweitert und den Initiativen mehr Rechte zugesprochen. Mehr Demokratie hat im Vorfeld Gespräche mit den Parteien und mit Staatsrätin Gisela Erler geführt, mit Aktionen politischen Druck aufgebaut und die Demokratiereformen bei den Bürger/innen bekannt gemacht.

Finanzüberblick 2015 (ohne Landesverbände)

ÜBRIGENS: Viele unserer Aktionen haben wir in Filmen und Bildern festgehalten. Erleben Sie das Mehr-Demokratie-Jahr 2015 auf www.flickr.com/photos/mehrdemokratie und www.youtube.com/ user/mehrOdemokratieOde

Thema	Rheir	land-Pfalz:
Endlich	freie	Sammlung!

Im Dezember beschloss der Landtag Reformen bei Bürgerbegehren und Volksbegehren. Größter Erfolg: Neben der Amtseintragung ist bei Volksbegehren künftig auch die freie Sammlung, etwa auf der Straße oder in Läden, möglich. Außerdem können sich Initiativen künftig einen Teil der Volksbegehrenskosten erstatten lassen - im Gegenzug müssen sie ihre Einnahmen offenlegen. In den Kommunen wurden die Unterschriftensammlung für Bürgerbegehren und Einwohneranträge erleichtert. Statt der Initiativen muss nun die Gemeinde eine Kostenschätzung liefern. Für einen erfolgreichen Bürgerentscheid müssen nur noch 15 Prozent der Wahlberechtigten zustimmen (vorher: 20 Prozent).

In Thüringen:

- die Reform von Bürgerbegehren und -entscheiden vorangetrieben; eingeflossen sind die Praxiserfahrungen von Initiativen
- einen Gesetzentwurf entwickelt und ihn im Landtag präsentiert (Erfolg: voraussichtlich im Januar 2016 soll die Reform in den Landtag eingebracht werden)

Impressum

Mehr Demokratie e.V. Tempelhof 3, 74594 Kreßberg Telefon 07957-923 9050, Fax 07957-924 9992 info@mehr-demokratie.de

IBAN: DE 14 7002 0500 0008 8581 05
BIC: BFSWDE33MUE, Bank für Sozialwirtschaft

Bildnachweise

Titelfoto: Jan Hagelstein

Innenseiten: Edda Dietrich, Holger Boening, Jacob Huber, Mehr Demokratie e.V.

Finanzüberblick 2015 (ohne Landesverbände)			
	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Kampagnen			
Europäische Bürgerinitiative Stop TTIP	13.563	-137.185	
CETA Gutachten	2.500	-5.000	
ESM-/OMT-Verfassungsbeschwerde, EUGH-Verfahren		-8.687	
Bundesweiter Volksentscheid/Bundesratsinitiative	-	-33.042	
Reform- / Lobbyarbeit	4.800	-60.605	
Dezentrale Demokratie		-794	
Allianz für Gemeinnützigkeit		-3.000	227.450.6
Democracy International		•	-227.450 €
Aufbau Meer Democratie Niederlande		-10.000	
Dunnen und Öffentlichkeitennheit			-10.000 €
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Website, Gestaltung, Infomaterial, Honorare,			
Pressekonferenzen etc.		-136.461	
Zeitschrift für direkte Demokratie (mdmagazin)	1.624	-64.044	
Verbandsinterne Demokratie		-	198.881 €
Vorstandssitzungen, MVen, Mitgliederurabstimmungen		-50.001	
Beiträge der Teilnehmenden	5.115		
Rechtsanwaltskosten		-16.874	
Tagungskosten	7.385	-10.181	
agengenesco.			-64.556
Bildungsarbeit			
Vorträge, Seminare, Beratung, Veranstaltungen		-3.358	
Inhaltliche Arbeitskreise / Weiterbildung		-11.724	
Wissenschaft			-15.082 €
		-4 900	
Bürgerentscheidsdatenbank Bürgerentscheids- und Volksentscheidsberichte,		-4.800	
Rankings, wissenschaftl. Aufsätze		-42.388	
Jahrbuch Direkte Demokratie, Publikationen	1.364	-200	
Verwaltung			-46.024
Mitgliederverwaltung, Buchhaltung, Geschäftsführung		-111.125	
Kreditvergabe und -einnahmen		-7.200	
Kostenerstattung durch Landesverbände	5.031	7.200	
Bundesbürokosten Tempelhof / Berlin	3.031	-32.734	
zanacza onescen iempenier, zerini			146.028 €
Fundraising, Werbekosten			
Fördererwerbung und Mailing Kosten		-187.344	
Druck, Honorare, Weiterbildung		-95.283	
Beiträge	377.793		
Mailing Spenden	124.361		
Groβspenden (ab 10.000 Euro)	288.000		
Online- und sonstige Spenden	136.628		
Sonstige Einnahmen	24.260		
Förderung / Stiftungen		-7.400	
			661.015
Summe	992.424	-1.039.430	
F			-47.006 €
Ergebnis 2015			-1 .000 €
Übertrag aus dem Jahr 2014			142.174